

Energiewende

Siemens schlägt Alarm

[10.06.2013] Das Unternehmen Siemens fordert Korrekturen am Konzept der Energiewende. Der Umbau des deutschen Energiesystems sei zu teuer, die Energiepreise zu hoch und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland gefährdet. Der Konzern schlägt einen Drei-Punkte-Plan vor, dessen Umsetzung 150 Milliarden Euro Einsparungen bringen soll.

Siemens ist alarmiert über die Umsetzung der Energiewende. Dies wurde auf der Veranstaltung Energiewende-Dialog, die vom 3. bis 11. Juni 2013 in Berlin stattfindet, deutlich. Dort teilte der Konzern mit: Die Kosten für den Umbau des Energiesystems in Deutschland sind zu hoch. Mit der gegenwärtigen Ausrichtung des Konzepts der Energiewende wird es nicht gelingen, Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit in Einklang zu bringen. Es setzt zudem die falschen Anreize für Investitionen und Innovationen.

Im Rahmen der Veranstaltung stellte Siemens einen Drei-Punkte-Plan mit konkreten Vorschlägen für eine kosteneffiziente Umsetzung der Energiewende vor. Nach Berechnungen des Unternehmens könnte Deutschland so bis zum Jahr 2030 über 150 Milliarden Euro sparen und den weiteren Strompreisanstieg begrenzen, ohne dass es zu Einbußen bei den Klimazielen kommt. Siemens-Vorstandschef Peter Löscher sagte: „Siemens steht hinter der Energiewende. Jedoch befindet sich das Projekt derzeit an einem kritischen Punkt. Wir brauchen Entscheidungen, die die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes auf lange Sicht erhalten. Unser Ziel ist ein nachhaltiges Energiesystem mit verlässlicher Versorgung und erschwinglichen Strompreisen.“

Wettbewerbsfähigkeit gefährdet

Ausgangspunkt des Drei-Punkte-Plans ist eine Analyse des Status quo der Energiewende. Siemens stellt fest: Hohe Strompreise belasten private Haushalte und Industrie gleichermaßen und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Für einen Privathaushalt lagen die Strompreise im Jahr 2012 knapp 40 Prozent höher als im Durchschnitt der Europäischen Union (EU), für Industriebetriebe um 20 Prozent. Die Umlagen für erneuerbare Energien werden in diesem Jahr mit rund 16 Milliarden Euro einen neuen Höchststand erreichen. Die Kohlendioxid-Emissionen (CO₂) steigen trotz des konsequenten Ausbaus der erneuerbaren Energien, da im Mix der Energieerzeugung zunehmend Kohlekraftwerke mit hohen CO₂-Emissionen zum Einsatz kommen, um die witterungsbedingten Schwankungen bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und den Wegfall der Kernkraft auszugleichen.

Laut Siemens sehen viele deutsche Unternehmen die Probleme ähnlich. Eine von Siemens durchgeführte Umfrage unter mehr als 250 Kunden verschiedener Branchen in Deutschland kommt zu dem Ergebnis, dass über 80 Prozent der Befragten das jetzige Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für reformbedürftig halten. Als größte Herausforderungen für eine erfolgreiche Energiewende nennen mehr als 90 Prozent Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit.

CO₂-Reduzierung im Fokus

Siemens schlägt vor, bei der Energiewende auf ein festes Ausbauziel der erneuerbaren Energien zu verzichten und stattdessen die CO₂-Reduzierung in den Mittelpunkt zu stellen. Stärker als bisher sollte dabei auf hocheffiziente Gas-und-Dampfkraftwerke (GuD) und auf Windenergie gesetzt werden. Ein

modernes Gas- und Dampfkraftwerk verursache mit Wirkungsgraden von über 60 Prozent weniger als die Hälfte der CO₂-Emissionen eines neuen Kohlekraftwerks, und Windkraft sei auf dem besten Weg, künftig Strom so kostengünstig liefern zu können wie konventionelle Energieträger.

Mit diesem Szenario würde sichergestellt, dass die deutschen Klimaziele erreicht werden. Gleichzeitig könnten die Investitions- und Betriebskosten für die Energiewende bis 2030 mehr als 150 Milliarden Euro niedriger ausfallen als bei einem ungebremsten Ausbau der erneuerbaren Energien. Peter Löscher: „Das Klimaziel lässt sich bis 2030 mit weniger Erneuerbaren zu deutlich geringeren Kosten erreichen. Ein Strommix mit 40 Prozent Ökostrom – statt der geplanten 50 Prozent bis 2030 – ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll.“

(al)

Stichwörter: Politik, Siemens, Peter Löscher